

migen Wohnungen bequem zu machen. Sie bestellen sich Essen beim Lieferservice. Sie lassen sich ihre Goodies von Amazon-Mitarbeiter*innen liefern. Sie überstehen die Zeit mit Serien schauen auf Netflix. Auf der anderen Seite kämpfen die weniger Privilegierten noch mehr mit dieser Situation als sonst. Sie arbeiten gerade beim Lieferservice. Manche Familien oder andere Lebensgemeinschaften müssen zu fünft in einer Zwei-Zimmer-Wohnung ausharren. Sie müssen ihre Ersparnisse aufbrauchen oder Schulden machen. Die Situation für Obdachlose, für Bettelnde, für Leute in Gefängnissen, für geflüchtete Menschen an Grenzen und in Lagern, für Sexarbeiter*innen und für viele andere ist noch viel beschissener. Sie müssen einen Umgang damit finden und widersetzen sich dabei unweigerlich den Anordnungen der Regierung.

**Lassen wir sie damit nicht allein
und unterstützen sie nach Möglichkeit!**

**Lassen wir keine*n alleine, vernetzen wir uns
mit Mitarbeiter*innen und wehren wir uns!**

**In anderen Ländern gibt es schon etliche Beispiele für Widerstand:
Mietstreik, solidarische Netzwerke...**

**Für ein solidarisches Miteinander,
auch in Zukunft!**



SOLIDARITÄT STATT AUSGANGSBESCHRÄNKUNG

Die österreichische Regierung schaut neidisch auf China im Umgang mit dem Coronavirus. Die österreichische Regierung weiß aber, dass sie mit den Maßnahmen nicht zu autoritär sein darf. Sie setzt auf Einschüchterung durch mediale Überflutung & hohe Geldstrafen. Es wird eine Art Ausnahmezustand ausgerufen. In Fernsehen, Zeitungen und den "sozialen Medien" scheint das einzige Thema „Coronavirus“ zu sein.

In den Mainstreammedien wird kaum über die sozialen Auswirkungen der Maßnahmen berichtet. Die Regierung fordert die Menschen dazu auf, am Schutz stärker Gefährdeter mitzuwirken und zu Hause zu bleiben, falls das möglich ist. Eine Regierung, die bisher auf ebenjene geschissen und seit jeher die Verantwortung auf meist weibliche Familienangehörige und die Pfleger*innen abgewälzt hat!



Zusätzlich zur Angst vor dem Coronavirus wird mit drohenden Verwaltungsstrafen von hunderten bis tausenden Euro die Bevölkerung eingeschüchtert. Auf den Straßen hat damit die Polizei einen Freibrief, willkürlich Menschen zu schikanieren, die z.B. alleine auf der Wiese sitzen oder herumspazieren. Plötzlich trifft diese Willkür nicht nur Obdachlose und People of Color, sondern alle.

**Falls ihr Strafen bekommt bezahlt sie keinesfalls sofort!
Möglicherweise sind diese Strafen rechtswidrig!**

Viele gehen trotzdem außer Haus und pflegen einen eigenverantwortlichen Umgang damit. Leider gibt es auch Menschen, die nicht nur den Verordnungen blind folgen und zu Hause bleiben, sondern auch noch andere moralisch verurteilen oder sogar verpetzen. Zusätzlich zu dieser sozialen Kontrolle übt sich der Staat in neuen Überwachungsmethoden. Mobilfunkbetreiber geben Standortdaten von Menschen gratis staatlichen Institutionen weiter. Die Regierung rund um Kanzler Kurz begrüßt dieses Entgegenkommen und deutet mit sogenannten „Big Data“ an, in Zukunft noch viele weitere persönliche Informationen zu sammeln und zu verknüpfen. Damit sollen Menschen noch umfassender überwacht werden. Das wäre ein massiver Eingriff in die Privatsphäre vieler Menschen!

Die Gefahr des Virus wird vorbeigehen.

Die Gefahr, dass wir diese repressiven Maßnahmen ohne Widerstand hinnehmen, bleibt.

Die Gefahr des „Social Distancing“ bleibt.

KAPITALISMUS IST DER VIRUS

Täglich um 18 Uhr soll die Bevölkerung aus ihren Fenstern applaudieren, um Menschen in systemerhaltenden Berufsgruppen wie (Krankenhaus-)Pflege & Reinigungspersonal zu Danken. Supermärkte erlauben Trinkgeldkassen für Mitarbeiter*innen. Nette Gesten einer zynische Doppelmoral. In Anbetracht dessen, wie unterbezahlt und wenig gesellschaftlich angesehen diese und andere Berufe sind.

Die Wirtschafts- & Landwirtschaftskammer suchen derzeit nach Erntehelfer*innen, um eine drohende Lebensmittelkrise zu vermeiden. Das ist eine Auswirkung des vorhandenen Systems, das sich seit Jahrzehnten auf schlecht bezahlte, nicht versicherte, entrechtete Erntehelfer*innen aus Osteuropa stützt. Mit ihrem Ausbleiben fehlt plötzlich die Grundlage, billiges Gemüse in Österreich zu produzieren.

In Krisensituationen wie jetzt wird sichtbar, dass ein Großteil dieser systemrelevanten Arbeiten von Frauen und Migrant*innen geleistet wird. Trotzdem unsichtbar bleiben ihre zusätzlichen Tätigkeiten zu Hause, wie Kinderbetreuung und Pflege.

Nicht nur in lebenserhaltenden Berufen sondern auch im Bausektor oder beim Lieferservice müssen Menschen sich weiter den Risiken einer drohenden Ansteckung aussetzen. Nach der Arbeit jedoch dürfen sie nicht einmal gemeinsam mit den Kolleg*innen im Park sitzen, sondern sollen sich in die Wohnungen zurückziehen.

Die Ausgangsbeschränkungen betreffen die Menschen unterschiedlich stark.

Die Ausgangsbeschränkungen betreffen die Menschen unterschiedlich stark. Auf der einen Seite haben Privilegiertere die Möglichkeit, aufs Land zu ihrem Zweitwohnsitz zu fahren oder es sich in ihren geräu-

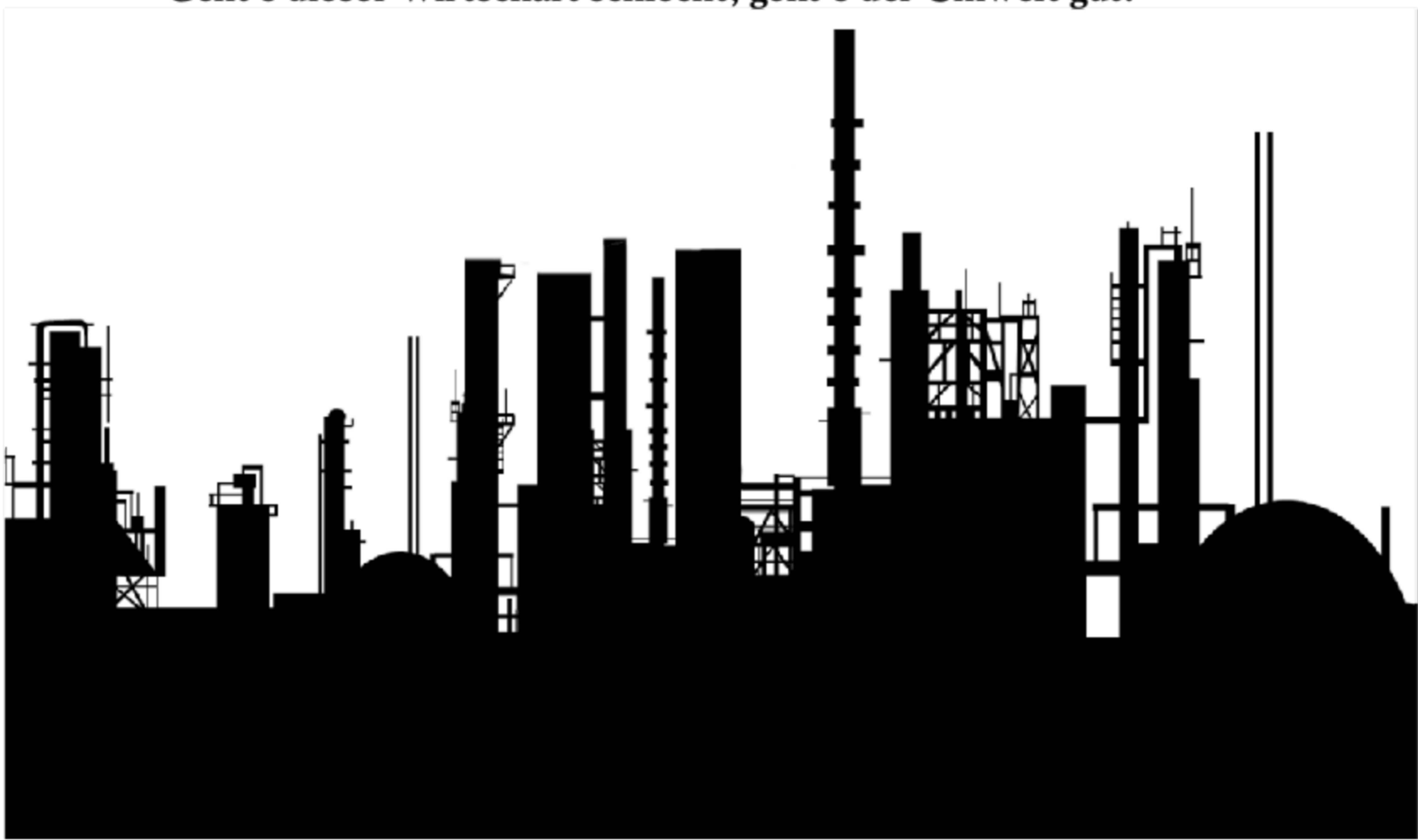
Zahlreiche Autos bleiben durch Home Office zu Hause, der Bau der Marchfeld-Schnellstraße wurde auf Eis gelegt. Die Natur kann vielerorts erstmal aufatmen. Plötzlich scheint das möglich, was jahrelang von der Politik als realitätsfern und utopisch abgetan wurde.

Kapitalismus kann niemals „grün“ oder nachhaltig sein, die aktuelle Situation ist der Beweis dafür.

Kanzler Kurz betont, so schnell wie möglich zum „Normalbetrieb“ zurückkehren zu wollen. Ein Normalbetrieb, der uns zu „Wirtschaftswachstum“ und mehr Arbeit zwingt. Ein Normalbetrieb, der die Erderwärmung unweigerlich vorantreibt. Ein Normalbetrieb der uns aufzwingt, jedes Jahr mehr zu produzieren und auf Kosten anderer zu konsumieren.

Doch ist das erstrebenswert? Braucht es wirklich eine 3. Piste am Flughafen? Braucht es wirklich so viele Autos? Braucht es industrielle Landwirtschaft mit massigem Pestizideinsatz? Haben wir wirklich so viele Konsumgüter nötig?

Geht's dieser Wirtschaft schlecht, geht's der Umwelt gut.



GUTE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE!

„Flatten the Curve“ schallt es aus allen Medien. Die Ausbreitung von Covid-19 soll durch Ausgangsbeschränkungen verlangsamt werden, um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. In den letzten Jahren wurden 4550 Akutbetten abgebaut, die jetzt dringend fehlen. Das haben die Politiker*innen zu verantworten, die sich jetzt als Retter*innen inszenieren. 2016 wurde mit der sogenannten „Gesundheitsreform“ beschlossen, dass die Krankenhäuser in Relation zur Wirtschaftsleistung (BIP) finanziert werden, wodurch seither konkret 5 Milliarden Euro weniger zur Verfügung waren.

In ganz Europa gibt es den Trend, das Gesundheitsbudget zu verkleinern. Die Auswirkungen dieser Sparpolitik bekamen die Patient*innen durch lange Wartezeiten auf Operationen und einer schlechteren medizinischen Versorgung zu spüren. Das medizinische Personal des AKH in Wien protestiert seit Jahren gegen diese Zustände, vor allem gegen die hohe Arbeitsbelastung. Zusätzlich hat die chronische Unterbezahlung im Pflegebereich zur Folge, dass ein Großteil der 24h-Pfleger*innen aus Slowakei, Ungarn und Rumänien kommen müssen. Obwohl sie ein wichtiges Standbein für das österreichische Gesundheitswesen sind, werden sie durch die derzeitigen irrationalen Grenzschließungen nochmals schikaniert.

Die Pandemie trifft nicht nur „uns in Österreich“ und kann nicht mit einem „Team Österreich“ überwunden werden. Sie breitet sich global aus und muss auch dementsprechend bekämpft werden, wenn wir uns nicht für die nächsten Monate und Jahre vom Rest der Welt abschotten wollen. Menschen in ärmeren Ländern, an den EU-Außengrenzen

oder in Traiskirchen in Stich zu lassen ist nicht nur unsolidarisch, sondern dumm, wenn das Ziel ist, den Virus einzudämmen.

Statt Geld für Banken, Bundesheer, Industrie, Fluggesellschaften müssen wir die unterstützen, die es am Dringendsten brauchen!

Die Gesundheitsversorgung ist eine Sache aller. Die Situation zeigt wie unverantwortlich es ist, wenn die Gesundheitsversorgung alleinig in den Händen der Regierungen oder der Profittreiber*innen liegt. Die Pfleger*innen, Ärzt*innen, Infrastrukturmitarbeiter*innen und Patient*innen wissen am Besten, was es für die Gesundheit aller braucht.

Für die Selbstverwaltung der Gesundheitsversorgung - ohne Krisen, Regierungen oder Profitinteressen!



VIRUS FOR FUTURE?

Nach einer Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) starben schon 2002 jährlich mindestens 150.000 Menschen an den indirekten Folgen der globalen Erwärmung (z.B. Nahrungsmangel, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Infektionen). Für 2030 prognostiziert sie 250.000 Tote jährlich. Von der Politik wurden bisher kaum Maßnahmen gegen die Erderwärmung gesetzt. Seit 16. März gilt die Verordnung: „Zur Verhinderung von COVID-19 ist das Betreten öffentlicher Orte verboten“. Ausnahmen sind geregelt.

Besonders eingeschränkt sind Menschen, deren soziales Leben sich überwiegend an öffentlichen Orten abspielen. Vor allem für Jugendliche die selber nicht zur Coronavirus-Risikogruppe gehören, bedeutet diese Verordnung eine massive Einschränkung.

Es waren vor allem junge Menschen, die über ein Jahr lang jeden Freitag auf die Straßen gegangen sind, um auf die fatalen Folgen der bisherigen Klimapolitik aufmerksam zu machen. Sie forderten von Politik und Wirtschaft umfangreiche Maßnahmen um den Klimawandel zu bekämpfen und damit die Zukunft aller weltweit zu schützen. Trotz zahlreicher wissenschaftlicher Belege fanden sie kaum Gehör. Zynischerweise sollen die Jugendlichen jetzt ihre „Generationensolidarität“ unter Beweis stellen. Sie sollen den Anordnungen einer Regierung Folge leisten, welche ihre Forderungen bezüglich Klimawandel weitgehend ignoriert.

Aus Gründen der Pandemie-Eindämmung werden umfangreiche Maßnahmen ergriffen, die absurderweise als Nebeneffekt auch klimafreundlich sind. Der Flugbetrieb ist fast vollständig stillgelegt. Automobilhersteller wie Magna Steyr produzieren derzeit keine Serienfahrzeuge.